

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die zurückliegende Sitzungswoche des Hessischen Landtags war bestimmt von zwei großen Themen: Von der Corona-Krise und von der Debatte über den Landeshaushalt 2021.

Dass Bund und Länder neue, schärfere Einschränkungen für das öffentliche Leben beschließen würden, war angesichts des Infektionsgeschehens absehbar. Ebenso absehbar war es, dass die hessische Landesregierung auf die Beratung der Maßnahmen im Parlament keinen größeren Wert legen würde. Deshalb habe ich in der Plenardebatte deutlich gemacht: Eine Landesregierung, die sich das Recht nimmt, alleine zu entscheiden, trägt auch die alleinige Verantwortung für das, was geschieht. Dessen ungeachtet hoffe ich sehr, dass der faktische Shutdown des öffentlichen Lebens

von kommendem Mittwoch an die gewünschte Wirkung zeigt und dass die Infektionszahlen spürbar und nachhaltig zurückgehen. Und ich appelliere an alle, in den nächsten Wochen Vernunft, Verantwortungsbewusstsein und Rücksicht auf die Gesundheit der anderen zu zeigen, damit wir die Corona-Krise gemeinsam in den Griff bekommen.

Leider hat das Virus in der Berichterstattung der meisten Medien das zweite wichtige Thema der zurückliegenden Plenarwoche überlagert: Die Debatte über den Landeshaushalt für das Jahr 2021. Deswegen berichten wir darüber ausführlich in dieser Ausgabe von PLENUM AKTUELL.

Ihre Nancy Faeser

WER ALLEINE ENTSCHEIDET, IST ALLEINE VERANTWORTLICH

REGIERUNGSERKLÄRUNG



„Diese Pandemie ist eine Belastung und eine Zumutung für uns alle. Aber die Landesregierung hat daraus auch eine demokratische Zumutung für das Parlament gemacht“, stellte die Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser in der Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Umgang mit der Corona-Krise fest. Nach wie vor sei die Landesregierung nicht

willens, das Parlament in das Corona-Krisenmanagement einzubinden. Doch jede Maßnahme, die die Freiheitsrechte der Menschen einschränke, bedürfe der demokratischen Legitimation. So sei der Beschluss, in Städten und Landkreisen mit besonders vielen Neuinfektionen ab Freitag (11.12.) nächtliche Ausgangssperren zu verhängen, nicht überraschend gekommen – er sei aber wieder ohne Befassung des Parlaments zustande gekommen. „Sie nehmen die alleinige Entscheidungsmacht für sich in Anspruch. Damit tragen Sie aber auch die alleinige Verantwortung für die Folgen dessen, was Sie entscheiden. Ich glaube, es wäre klüger, Entscheidungen dieser Tragweite auf eine möglichst

breite politische Basis zu stellen“, sagte Faeser. Die Landesregierung scheue aber nicht nur die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Parlament, sie scheue auch die Verantwortung. Auch ignoriere Schwarzgrün den Niedergang ganzer Wirtschaftsbranchen durch die Krise und die Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Die Schausteller und die Veranstaltungsbranche warteten seit Monaten auf Unterstützung durch das Land. „Kein Wort ist dazu vom Wirtschaftsminister zu hören, der sich für das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Landes und der Menschen, die hier leben, nicht zu interessieren scheint“, sagte Faeser. Die Bewältigung der Krise liege vor diesem Hintergrund entscheidend in den Händen jedes Einzelnen.

SICHERES UND ANGSTFREIES LERNEN

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag über Möglichkeiten zum sicheren und angstfreien Lernen in Schulen während der Corona-Pandemie debattiert. „Vollständige Schulschließungen wie im Frühjahr müssen unter allen Umständen vermieden werden. Das wäre katastrophal für die Bildungsgerechtigkeit. Deshalb müssen Abstände auch im Unterricht eingehalten werden. Das kann durch größere Unterrichtsräume, aber auch durch einen strukturierten Wechsel aus Präsenz- und Distanzunterricht ermöglicht werden“, erklärte der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen in der Plenarebatte.

Mit einem Wechselmodell könnten Klassengrößen, dort wo es nötig ist, halbiert werden und alle Kinder könnten regelmäßig am Unterricht teilhaben. Die Landesregierung müsse deshalb endlich ein Konzept vorlegen, das verbindlich regelt, wann welche Maßnahme greife. Mit ihrem Antrag machten die Sozialdemokraten konkrete Vorschläge, wie das funktionieren könne. Lüften allein, wie von der Landesregierung vorgeschlagen, sei kein ausreichendes Konzept. „Das Einzige, was derzeit gut aufgestellt ist, sind die Desinfektionsstände in den Schulen“, so der Abgeordnete. Nach Ansicht der SPD-Fraktion könne ein strukturierter Wechsel



aus Distanz- und Präsenzunterricht ab Klasse 7 kontinuierliches und angstfreies Lernen und Lehren für alle sichern. Eine Ausweitung der Regelung auf Grundschulen schließt die SPD nicht aus. Dann jedoch müsse zwingend eine Betreuungsgarantie gelten, damit Eltern nicht zusätzlich belastet würden. Mit Blick auf das neue Jahr müsse über den Verzicht auf zentrale Prüfungen nachgedacht werden.

SCHWARZGRÜN FEHLT WEITSICHT

GENERALDEBATTE ZUM HAUSHALT



„Dieser Haushalt ist nicht die Antwort einer Landesregierung auf die Krise – er ist der Ausweis der Krise dieser Landesregierung“, erklärte Nancy Faeser in der Generaldebatte über den Etat des Ministerpräsidenten. Der Haushalt, so Faeser, setze keine Prioritäten und er stelle keine Weichen für die Zukunft. „Vor allem aber ist er durch den zwölf Milliarden Euro schweren Schattenhaushalt, den sich Schwarzgrün gegen die Verfassung und gegen jeden politischen Anstand eingerichtet hat, zu einer schieren Formalie degradiert. Vom Königsrecht des Parlaments – der Genehmigung und der Kontrolle des Budgets – ist dank des Schattenhaushalts wenig übriggeblieben“, so Faeser. Der Haushalt 2021 mache in erster Linie deutlich, dass die schwarzgrüne Landesregierung ihren Zenit längst überschritten habe und dass die Koalition aus CDU und Grünen, die manche für ein Modell für die nächste Bundesregierung hielten, inhaltlich bankrott sei. Auf wesentlichen Politikfeldern, die maßgeblich darüber entschieden, wie gut das Land durch die Corona-Krise komme, habe Schwarzgrün versagt.

ANGELIKA LÖBER:

„Dem Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung mangelt es nicht an Geld, sondern an einem politischen Plan bei den zentralen Bereichen Breitbandausbau, Mobilfunk und Distr@l.“

GÜNTER RUDOLPH:

„Die hessischen Sicherheitsbehörden, also Polizei und Justiz, müssen endlich die rechtsextremen Bedrohungen für unsere Demokratie ernst nehmen und entschlossen bekämpfen.“

CHRISTOPH DEGEN:

„Der Bildungsetat funktioniert nach dem Motto: Darf’s ein bisschen mehr sein? Aber am Ende gibt es nur von allem ein wenig und von nichts genug. Sozialindex, Inklusion, Ganzttag – für nichts gibt es einen Plan, nur Stellenhülsen.“

GERALD KUMMER:

„Justizministerin Kühne-Hörmann hat auf alle drängenden Fragen in ihrem Ministerium keine Antworten. Die längst überfällige Digitalisierung der Justiz, der drohende Personalmangel durch die anrollende Pensionierungswelle und die gestiegene Arbeitsbelastung durch die Pandemie finden im Haushaltsentwurf kaum einen Niederschlag.“

MARIUS WEIß:

„2,2 Millionen Euro lassen sich CDU und Grüne die Evaluierung der LEO-Projekte kosten – also den Verkauf von 55 Liegenschaften des

Landes für rund 2,1 Milliarden und die anschließende Rückmietung für einen Zeitraum von bis zu 30 Jahren. Dabei steht das Ergebnis schon fest: Diese Projekte dürfen nicht unwirtschaftlich sein, sonst ist die CDU brüskiert. Es darf aber auch nicht rauskommen, dass sie sinnvoll waren, sonst düpiert das die Grünen. Für den Koalitionsfrieden zahlt der Steuerzahler nun über zwei Millionen.“

TOBIAS ECKERT:

„Minister Al-Wazir zeigt mit dem Haushaltsplan, dass er keine Ideen, keine Ambitionen und keinen Gestaltungswillen in den wichtigen Bereichen wie der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, der Energiewende, der Mobilitätspolitik und der Wirtschaftspolitik hat.“

LISA GNADL:

„Statt strukturelle Veränderungen einzuleiten, belässt Schwarzgrün alles beim Alten. Keine Erhöhung der Kita-Betriebskostenzuschüsse für die Kommunen und keine Attraktivitätssteigerung der Erzieherinnenausbildung, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.“

GERNOT GRUMBACH:

„Es wird viel Geld ausgegeben mit wenig Wirkung auf mehr Biodiversität oder besseren Wasserzustand. Die Kommunen werden allein gelassen, sei es im Bereich der Lebensmittelkontrolle oder bei der unzureichenden Mittelbereitstellung für die hessischen Naturparke.“

KOMMUNEN LEISTEN GROßARTIGE ARBEIT

IMPFSTRATEGIE

„Die Landesregierung hat erneut viel Verantwortung abgeladen: Nicht sie stemmt die Impfstrategie, das übernehmen die Kreise und die kreisfreien Städte. Dank ihnen sind 28 Impfzentren in Hessen schon fast startklar und warten darauf, dass der Impfstoff zugelassen und den Weg dorthin findet“, erklärte Sommer in der Debatte zur Impfstrategie des Landes. So sei die größte Herausforderung der rasche Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur. Die Landesregierung könne deshalb den Landkreisen und kreisfreien Städte, an die sie diese Herkulesaufgabe delegierte habe, für die zügige Arbeit vor Ort gar nicht genug danken. Sommer kritisierte, dass trotz der Vorbereitung



der hessischen Impfstrategie noch viele Fragen unbeantwortet blieben. „Wir brauchen keine Worthülsen, wir brauchen Konkretes: Wir hoffen, dass die Landesregierung schleunigst die Antworten zu den Einladungen, die erfolgen werden, zu der Systematik, dem Datenschutz und der Logistik geben wird, damit endlich die Strategie erkennbar wird und wirken kann“, forderte Sommer. Sie erwarte von der Landesregierung passgenaue Unterstützungen der Landkreise und kreisfreien Städte, um einen funktionierenden Ablauf und die Finanzierung des Impfeschehens sicherzustellen. „Unseren Kommunen, den Hilfsorganisationen und Ehrenamtlichen gilt unser Dankeschön“, so Sommer.

SONNTAGSÖFFNUNG

In der Landtagsdebatte über einen Gesetzesvorschlag der FDP hat sich Wolfgang Decker gegen eine Erweiterung der Ladenöffnung an Sonntagen ausgesprochen. „Eine Erweiterung der Ladenöffnung an Sonntagen im Windschatten der Corona-Krise lehnen wir ab. Wir halten das für kein geeignetes Mittel, um dem durch die Krise angeschlagenen Einzelhandel wirksam zu helfen“, sagte Decker. Die vorübergehende Außerkraftsetzung des Anlassbezuges während des ersten Lockdowns habe schon gezeigt, dass dadurch kaum Wirkung erzielt werden konnte. Im Moment gebe es auch keine großen Kundenströme, die besser zu verteilen wären. „Im Übrigen sollte man die systemrelevanten ‚Helden des Alltags‘ im Einzelhandel, die mehr Lohn verdienen, nicht auch noch mit mehr Sonntagsarbeit bestrafen“, sagte Decker. Eine solche Flexibilisierung wäre zudem rechtlich kaum haltbar, weil der Sonntag besonderen Schutz genieße. Auch die SPD-Fraktion sehe mit großer Sorge, dass der Onlinehandel den örtlichen Handel immer stärker in Bedrängnis bringe. „Aber auch mehr Ladenöffnungen an Sonntagen werden den Online-Handel nicht zurückdrängen. Stattdessen sollte man vor Ort aktiv dafür werben, dass der Einkauf in den Geschäften getätigt wird“, erklärte Decker. Die SPD würde es begrüßen, wenn auch vom Hessischen Landtag ein solches Signal an die Bevölkerung ausgehen würde.



DATENSCHUTZ VOR GROßEN ZUKUNFTSFRAGEN

DATENSCHUTZBERICHT



In der Debatte über den Tätigkeitsbericht zum Datenschutz warf die datenschutzpolitische Sprecherin, Nadine Gersberg, die Frage auf, wie der Datenschutz der Zukunft aussehen soll. „Sollte man den Datenschutz zentraler regeln als

bisher oder die Entscheidungen weiter bei den Ländern belassen? Wie verbinden wir die Fortschritte durch Künstliche Intelligenz mit einem effektiven Datenschutz? Wie können wir Verbraucherinnen und Verbraucher am besten schützen? Das alles sind Fragen, auf die auch das Land Hessen eine Antwort braucht“, sagte Gersberg. Dafür brauche Hessen einen zukunftsorientierten Datenschutzbeauftragten. Gersberg kritisierte die kurzfristige Art und Weise der Neubesetzung des Datenschutzbeauftragten, ohne Möglichkeit, im Ausschuss darüber zu diskutieren.

SPD SETZT SICH DURCH

„Selbst die CDU hat mittlerweile das Problem erkannt, das sich daraus ergibt, dass mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen, als neu gebaut werden können“, sagte Elke Barth



in der Zweiten Lesung des SPD-Gesetzentwurfs zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes. Barth verwies auf die parlamentarische Anhörung zu dem Gesetzentwurf, der überwiegend auf positive Resonanz bei den Experten gestoßen sei. Besonders eindrucksvoll seien die Zahlen aus den Kommunen gewesen: So habe die Reduzierung der Nachwirkungsfrist von zehn auf fünf Jahre im Jahr 2012 zur Folge gehabt, dass allein in Frankfurt 4.692 Belegrechte vorzeitig von den Eigentümern abgelöst worden seien

– also rund 20 Prozent des Bestandes. Der Stadt entstünden so erhebliche Mehrkosten durch höhere Mietkostenzuschüsse. Die Reduzierung der Nachwirkungsfrist habe deutlich zu dieser

negativen Entwicklung auf dem sozialen Wohnungsmarkt beigetragen, so Elke Barth. Sie sei sehr zufrieden, dass es ihrer Fraktion gelungen sei, die Regierungskoalition so zu überzeugen, dass der Landtag nun einen gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen beschließen werde, der den Ausverkauf der Sozialwohnungen stoppe. Es gelte dann wieder die zehnjährige Nachwirkungsfrist. Aus Sicht der SPD müssten nun weitere Schritte zur Bekämpfung des Wohnraummanagements erfolgen.

LANDARZTQUOTE

In der Dritten Lesung des SPD-Gesetzentwurfs zur Einführung einer Landarztquote hat Daniela Sommer, erneut an die Landesregierung appelliert, endlich aktiv zu werden, um einem Ärztemangel auf dem Land zu begegnen. „Wir brauchen ein stringentes Maßnahmenpaket gegen den Landarztmangel, nicht noch mehr schwarzgrünen Müßiggang bei diesem Thema“, sagte Sommer. Die Landesregierung habe auf die problematischen Entwicklungen, die sich seit Jahren abzeichneten, nicht reagiert: „Die düstere Prognose der Kassenärztlichen Bundesvereinigung sagt, dass 2030 in Hessen rund 4.200 Hausärzte fehlen. Das sind schlechte Vorzeichen für die ärztliche Versorgung in Hessen, und es ist vollkommen unverständlich, warum die Landesregierung alle Warnzeichen ignoriert.“ Viele Hausärzte, die in den Ruhestand gingen, fänden keine Nachfolger. „Ärztinnen und Ärzte arbeiten schon längst am Limit und Patientinnen und Patienten müssen befürchten, keinen Hausarzt mehr zu finden. Ein Baustein, um die hausärztliche Versorgung zu sichern, ist die Landarztquote“, sagte Sommer.



Impressum:
 SPD-Fraktion
 im Hessischen Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden

Redaktion:
 Christoph Gehring (verantwortlich),
 Isabel Neumann,
 Martina Häußl-David,
 Luisa Neurath